

**Antrag 21/I/2021**

**SPD-OV Sehnde**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Wohnungs- und Grundstücks politik**

1 Der Landesparteitag fordert alle Gremien und Mandatsträger der SPD auf Landes- und Bundesebene auf, In-  
2 itiativen zu entwickeln, um mittel- und langfristig die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu sichern.  
3 Dafür soll Folgendes angestrebt werden:

4 Im Rahmen der in der Bundesrepublik anstehenden Planungen zur umfassenden Verbesserung der Infra-  
5 struktur in den Bereichen ÖPNV, Bildung, Gesundheit etc. ist vorrangig auch eine nachhaltige Neuorientie-  
6 rung der Wohnungs- und Grundstücks politik vorzunehmen. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen in  
7 die Lage versetzt werden, Grundstücke zu erwerben und für den Mietwohnungsbau vorzuhalten.

8 Der soziale Wohnungsbau muss weiterhin gefördert werden. Zu diesem Zweck sind örtlich und regional tä-  
9 tige Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften zu unterstützen. Einmal geförderte Wohnungen  
10 müssen künftig als Sozialwohnungen auf Dauer erhalten werden, nach der Devise „einmal Sozialwohnung,  
11 immer Sozialwohnung!“

12 Und Art. 14 (2) des Grundgesetzes muss rechtliche Bedeutung erlangen.

13

14 **Begründung**

15 Zu den Grundbedürfnissen des Menschen gehört es, eine Unterkunft zu haben. Es ist aber unbestreitbar,  
16 dass das reiche Deutschland eine Wohnungskrise hat. Im Hinblick auf die in den Ballungszentren ständig  
17 steigenden Mieten, die die geringer Verdienenden treffen, ist eine neue Wohnungsbau- und Grundstücks-  
18 politik dringend nötig. Es mangelt an bezahlbaren Wohnungen in den Ballungszentren inzwischen auch für  
19 mittlere Einkommensgruppen und dieser Mangel erfasst immer mehr auch die städtischen Einzugsgebiete.  
20 Da abzusehen ist, dass sich der Trend weiter verschärft, müssen dagegen dringend Vorkehrungen getroffen  
21 werden.

22 Verschiedene Faktoren sind für den Mangel an bezahlbaren Wohnungen verantwortlich: Die Mietpreisbin-  
23 dung von Sozialwohnungen entfällt jeweils nach Ablauf einer festgesetzten Frist. Danach gelangen die  
24 Wohnungen auf den freien Markt und die Mieten übersteigen die Möglichkeiten von Geringverdienern  
25 und vielen heutigen Normalverdienern. Um dies auszugleichen werden Wohnungsneubauten öffentlich  
26 gefördert. Danach soziale Mieten zu erreichen, wird immer schwieriger. Ein Problem ist auch der Mangel an  
27 geeigneten Bauflächen. Viele Kommunen haben ihre Wohnungsbestände und Grundstücke verkauft und  
28 die Grundstücks- und Wohnungsspekulation befördert. Damit sind Großkonzerne gewachsen wie Vonovia  
29 mit 340.000 Wohnungen und Deutsche Wohnen mit 167.000 Wohnungen. Grundstücke und Immobilien  
30 stehen zudem durch die Niedrigzinspolitik der EZB als Geldanlagen hoch im Kurs. Die spekulativ steigen-  
31 den Grundstückspreise erhöhen die Endkosten von Neubauten. Eine Inflation von Bauvorschriften führt  
32 ebenfalls zu steigenden Kosten. Hinzu kommt, dass Grundstücksflächen nicht vermehrbar sind, aber als  
33 Ware gehandelt werden und nach zehn Jahren steuerfrei weiterveräußert werden können. Art. 14 Abs. 2  
34 unseres Grundgesetzes, der besagt „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der All-  
35 gemeinheit dienen“ muss weitergehende rechtliche Verbindlichkeit erhalten. Hans-Jochen Vogel hat seit  
36 den 1970er Jahren als OB von München und später als Bauminister im Kabinett Brandt für eine grundle-  
37 gende Reform der Bodenpolitik gekämpft und selbst Konrad Adenauer stellte vor fast 100 Jahren als OB  
38 von Köln die „bodenreformerische Frage“. Es ist deutlich, dass seither zu wenig geschehen ist und unsere  
39 gesellschaftliche Verantwortung fordert, zu handeln.

40

**Empfehlung der Antragskommission**

Erledigt durch Leitantrag und Eckpunktepapier SPD/DGB